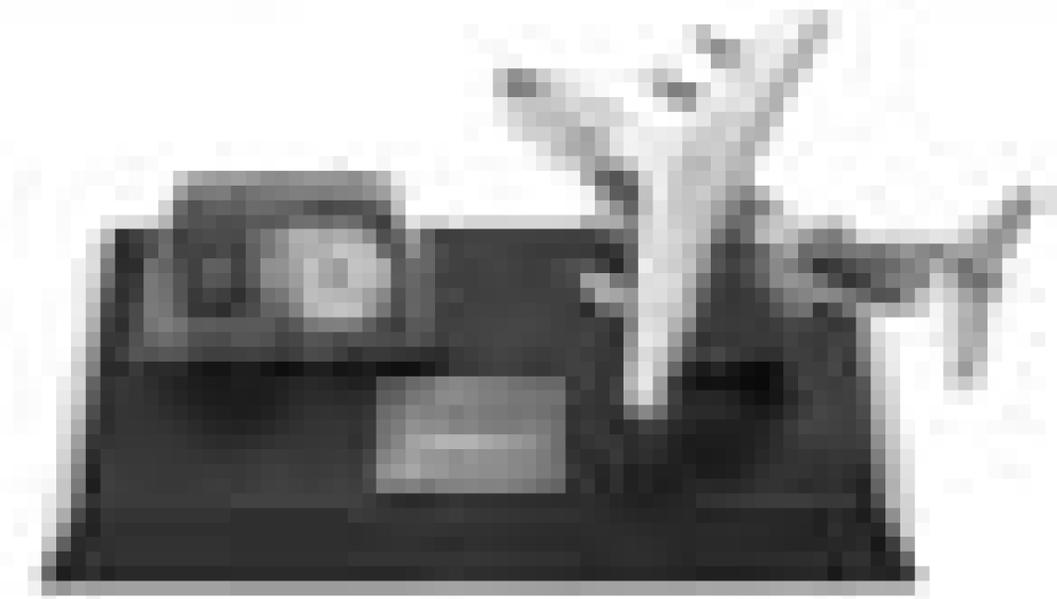


MILITÄRTRANSPORTER

# Flieger für alle Fälle



Günstiger gehts nimmer: A400M mit Uhr für den Schreibtisch. Statt 120 Millionen Euro nur 29,99 englische Pfund. ([www.djhengineering.co.uk/clivedon](http://www.djhengineering.co.uk/clivedon))

**Fehlinvestition für die einen, notwendige Ausgabe für die anderen - die Meinungen über die A400M gehen auseinander. Im Parlament wurde deutlich, dass auch die Befürworter sich nicht einig sind.**

Der Versuch, einen nationalen Konsens für den Kauf des militärischen Transportflugzeugs A400M herbeizureden, ist fehlgeschlagen. "Nicht mit den Grünen!", dementierte die viertstärkste Partei bereits im Januar Presseberichte, denen zufolge das Projekt in der zuständigen Kommission einstimmig angenommen worden sei. Am Dienstag befasste sich das Plenum mit der Anschaffung der Airbus A400M.

"Gewiss, Luxemburg soll sich an der Europäischen Sicherheitspolitik beteiligen. Doch es macht wenig Sinn für ein Land ohne militärische Tradition, gerade in Armee und Kriegsmaterial zu investieren." François Bausch (Déi Gréng) kritisierte in seiner Rede den Flugzeug-Kauf, wobei er EU-Beschlüsse in Erinnerung rief. Seit dem Amsterdamer Vertrag umfasst die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) sowohl militärische als auch zivile Mittel. Beim Göteborger Gipfel 2001 wurde der Konfliktprävention erste Priorität gegeben. Leider werde seither fast nur noch über militärische Aspekte geredet.

Statt sich an einer Battlegroup zu beteiligen und den Transport solcher Elitetruppen durch den Kauf eines Militärflugzeugs zu unterstützen, solle Luxemburg sein Geld besser für zivile Aufgaben ausgeben, forderte Bausch. Das Argument, man könne auf internationaler Ebene nur mitreden, wenn man in militärische Mittel investiere, ließ er nicht gelten. Wenn die ESVP als ein Ganzes gelte, dann könnten Polizisten und Wiederaufbauhilfe nicht weniger wert sein als Soldaten und ein Militärflugzeug.

Außerdem kritisierte der grüne Abgeordnete, dass die Anschaffung des Militärtransporters mit humanitären Argumenten gerechtfertigt werde. Das sei zynisch, denn es gehe bei der A400M um die Umsetzung der europäischen Militärstrategie und den Aufbau einer EU-Rüstungsindustrie. Diese Argument brachte auch Jacques-Yves Henckes (ADR) vor: Für humanitäre Zwecke benötige man andere Flugzeugtypen. Auch seine Fraktion stimmte gegen das Projekt.

Das humanitäre Argument wurde in der Tat mehrfach vorgebracht. So erinnerte Marcel Glesener (CSV), Berichterstatter des Gesetzentwurfs, daran, ein Drittel der Hilfsgüter für die Tsunami-Opfer wäre ohne die militärische Logistik nie angekommen. Und der ehemalige Armeeminister Charles Goerens (DP) trumpfte auf: "Es ist kein Militärflugzeug, denn man kann es auch für Katastrophenhilfe verwenden."

## Eingeschränkte zivile Nutzung

Tatsache ist, dass die A400M auf Militäreinsätze statt auf humanitäre Einsätze zugeschnitten ist. Die "taktischen Fähigkeiten" des Transporters beschreibt der Inspekteur der deutschen Luftwaffe, Klaus-Peter Stieglitz, so: "Die A400M (kann) völlig autonom, auch bei Nacht und schlechter Sicht, ohne Abstützung auf bodenseitige Unterstützung operieren." Solche und andere militärisch relevanten Fähigkeiten bezahlt man mit Abstrichen bei Nutzlast und Reichweite. So könnte die Airbus A400M Teile des vom Tsunami betroffenen Gebietes nicht ohne Nachtanken erreichen. Auch beim Kongo-Einsatz der EU wäre der Transporter wenig effizient: Auf diese Entfernung reduziert sich die Nutzlast auf 20 Tonnen, ein Bruchteil dessen, was zum Beispiel eine Antonov-124, eines der größten Transportflugzeuge der Welt, bewältigen kann. Ginge es also der Luxemburger Regierung um humanitäre Einsätze, so könnte sie auf kostengünstigere und leistungsfähigere Alternativen zurückgreifen.

Versuchte Charles Goerens, den Flugzeug-Kauf humanitär zu begründen, so warnte er doch in seiner Chamber-Rede vor einer Vermischung auf dem Terrain: "Man muss höllisch aufpassen, dass die humanitären Helfer nicht zu einer der beiden Streitparteien gerechnet werden." Er griff damit eine Kritik von Médecins sans frontières auf. Die Hilfsorganisation hat sich aus Afghanistan zurückgezogen, nachdem mehrere ihrer MitarbeiterInnen umgebracht wurden - in einem

Umfeld, wo die US-Armee systematisch "humanitäre" Hilfe leistet, um die Bevölkerung für ihre Zwecke zu gewinnen.

Weiter brach Goerens eine Lanze für militärische Interventionen in Krisengebieten. Allerdings müsse man Einschränkungen vorsehen, wie dies in der EU-Verfassung der Fall sei. Das erkläre, warum drei Viertel aller Bürger die ESVP befürworteten. Die Nato habe viel weniger Zuspruch, weil solche Einschränkungen fehlten.

Auch Ben Fayot (LSAP) befürwortete die Anschaffung der A400M vor allem in einem europäischen Kontext. Er ging auf die Kritik von Friedensgruppen an der EU-Politik ein: Einsätze wie die in Mazedonien und im Kongo könne man weder als Kolonialismus noch als Besatzung bezeichnen. Auch dem Vorwurf, mit der neuen Verfassung wolle sich Europa über die UNO stellen, widersprach Fayot. "Ob Militäreinsätze den Grundsätzen der UN-Charta unterliegen, wie in der Verfassung vorgesehen, oder an ein UN-Mandat gebunden sind, das ist das Gleiche." Das sehen Experten wie der Friedensforscher Werner Ruf anders: Die EU wolle anstelle des Sicherheitsrats entscheiden, wie die UN-Prinzipien anzuwenden seien, meint er.

Fayots Gleichsetzung ist wenig glaubwürdig: In einem Text, in dem jedes Komma dreimal geprüft wird, kann es kein Zufall sein, wenn die UN-Charta erwähnt wird, nicht aber das UN-Mandat.

## Große Worte

Fayots Rede bestand zudem aus beschwörenden Formeln: Die USA hätten die pluralistische Demokratie in Europa erhalten, dank der EU könnten junge Luxemburger ohne Angst vor Kriegen in die Zukunft schauen, und schließlich: Die EU sei kein imperialistisches Reich, sondern eine Schicksalsgemeinschaft. Gerade das aber haben andere Reiche auch von sich behauptet.

Als der letzte Redner, Armeeminister Luc Frieden, anfang, von den 26 Fahnen der Nato-Staaten zu schwärmen, und davon sprach, das Bündnis stehe für Frieden und Gerechtigkeit überall in der Welt, schien es, als wolle er nur Ben Fayots Rhetorik überbieten. "Nato und EU waren und sind Friedensinstrumente." Anders als seine Vorredner stellte Frieden die beiden Bündnisse auf die gleiche Stufe, argumentierte sogar hauptsächlich im Nato-Kontext. Offiziell wird das Flugzeug sowohl für EU- als auch für Nato-Zwecke angeschafft.

Dem Vorschlag der Grünen, in zivile statt in militärische Mittel zu investieren, hielt er entgegen: "Das geht leider nicht, wir müssen unseren Nato-Verpflichtungen nachkommen." In der Tat, anders als die ESVP ist die Nato für zivile Konfliktbehandlung nur am Rande zuständig. Doch mit dieser Argumentationslinie entkräftete der Armeeminister die Verweise der A400M-Befürworter auf die "gute" EU-Politik. Indem er das Gewicht auf die Nato im Kampf gegen die neuen "Bedrohungen" legte, bestätigte er einen bösen Verdacht: Das Parlament hat ein Nato-Kriegsflugzeug als EU-Friedens-Flieger angedreht bekommen.

Raymond Klein

## Deux poids, deux mesures

Le tourisme pétrolier devra être mesuré à l'aune des coûts qu'il occasionne, demande une motion de la Chambre des députés. C'était la troisième tentative du Vert Camille Gira de faire passer un tel texte. Les coûts évoqués proviennent notamment du fait que le protocole de Kyoto oblige le Luxembourg à compenser les quantités de CO<sub>2</sub> qui dépassent les émissions prévues.

Lors de la présentation du rapport sur le Luxembourg de l'Agence internationale de l'Energie, le ministre compétent Jeannot Krecké a expliqué qu'il fallait un changement en douceur en matière de tourisme pétrolier. Par contre le ministre ne prend pas de gants quand il s'agit du marché des installations photovoltaïques. "J'ai mis le frein, car les subventions étaient excessives", a-t-il déclaré. Abolir les règlements "trop généreux" sans les remplacer immédiatement a provoqué des licenciements? "Les patrons n'avaient qu'à demander du chômage partiel", rétorque Krecké. Du temps où Robert Goebbels en tant que ministre de l'Economie et de l'Energie, recherchait la confrontation avec les écologistes, Krecké comptait parmi ceux qui sauvegardaient une certaine crédibilité du LSAP en matière de politique environnementale. Aujourd'hui, c'est Jeannot Krecké lui-même qui marche dans les pas de son prédécesseur.

## Neie Lycée unter Beschuss

Heftige Kritik seitens der LehrerInnen schlägt Bildungsministerin Mady Delvaux-Stehres (LSAP) derzeit entgegen. Nachdem sich die Gymnasiallehrer-Gewerkschaft Apess Anfang der Woche zum wiederholten Male gegen die geplante Änderung der Promotionskriterien ausgesprochen hatte, attackierte kürzlich die Lehrgewerkschaft Feduse die Bildungspolitik der Ministerin. Im Visier: das "Neie Lycée". Das sei, so heißt es in einer Stellungnahme, womöglich "eine Moggelpackung". Während sich die Feduse noch mit dem Modellversuch einer Ganztagschule abfinden kann, scheint ihr besonders die pädagogische Ausrichtung des Modellversuches ein Dorn im Auge zu sein. Sie befürchtet eine "neue Zusammensetzung althergebrachter erziehungswissenschaftlicher Theorien" und nennt dabei unter anderem Montessori und Waldorf, die "in den letzten Jahren nur wenige Befürworter gewinnen konnten". Das stimmt aber immer weniger. Angesichts des Pisa-Debakels der öffentlichen Schulen in Deutschland und Österreich verzeichnen deren Reformschulen, die bei Pisa oft bessere Ergebnisse erzielten, neuerdings regen Zulauf. Luxemburgs große Gewerkschaften wissen es aber besser. Sie halten an der herkömmlichen Rolle fest und bestätigen damit einmal mehr das Bild vom bornierten Lehrer.

## Folge deinem Stern

Der Feiertag mokierte sich neulich über den Auftritt einer Hobbyastrologin in der RTL-Sendung "Place Royale". Derartiger Spott sollte jedoch nicht zu voreilig geäußert werden. Die Sterne können das Geschick des Menschen nämlich nachweislich tatsächlich leiten. Den Beweis liefert die woxx anhand einer wahren Begebenheit: Vor einem Jahr hörte ein, damals noch unbeschäftigter, woxxie nämlich zufällig beim Frühstück sein Horoskop im Radio. Das riet allen Krebs-Geborenen auf Arbeitssuche, mal einen Blick in den Anzeigenteil der Zeitung zu werfen. Dort fiel der Blick des zukünftigen woxxies auf eine ausgeschriebene Stelle bei der Zeitung, die Sie gerade in den Händen halten. Und weil RedakteurInnen natürlich alles glauben, was sie im Radio hören, bewarb sich die/der Arbeitssuchende und wurde prompt eingestellt. Also, besser ist es auf das zu hören, was in den Sternen steht.

Übrigens: Das sollten sich auch Charles und Camilla in Acht nehmen, denn für den geplanten Hochzeitstermin am 8. April sehen die himmlischen Vorzeichen angeblich ziemlich düster aus.